



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antwort/Stellungnahme gem. § 27 BezVG	Drucksachen-Nr.: 20-3577.01 Datum: 06.04.2018
--	---

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Hauptausschuss	

Antwort zur Anfrage AfD betr. Wohnschiff Transit II

Sachverhalt:

Aus der Beantwortung der Drucksache 20-3418 ergeben sich weitere Fragen, um deren Beantwortung wir bitten:

1. Zu Antwort 1 in o.g. Drucksache heißt es, „die unterschiedlichen Aufenthaltsstadien der restlichen Bewohner sind fördern & wohnen (f & w) nicht durchgehend bekannt, da dessen Mitteilung seitens der untergebrachten Haushalte freiwillig erfolgt“. Was bedeutet in diesem Zusammenhang „nicht durchgehend“ bekannt und was ist gemeint mit den „untergebrachten Haushalten“?
2. 2. Sollte f & w nicht darüber informiert sein, welche Bewohner mit welchem Status auf der Transit leben?
 - 2.1. Wenn nein, wie ist es dann möglich, entsprechende Integrationsangebote zu kreieren bzw. Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu unterstützen oder bspw. die weitere Unterbringungskapazität festzustellen?
3. Von den 180 (per 31.12.2017) untergebrachten Personen erhalten 68 Personen Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz. Was erhalten die restlichen 112 Personen?
4. Zu Frage 2 heißt es, „Abschiebungen werden f & w nicht bekannt gemacht...“. Ist es nicht so, dass die Mitarbeiter von f & w direkt oder indirekt beim Widerspruchsverfahren Hilfestellungen leisten bzw. sonstwie in den Abschiebeprozess eingebunden sind? Wie ist das möglich, wenn Abschiebungen nicht bekannt sind?
5. Im weiteren Verlauf der Beantwortung zu Frage 2 heißt es, dass in den vergangenen Jahren 226 Personen die Unterkunft verlassen haben, ohne dass sie in eine andere Unterkunft verlegt wurden. Wie erklärt sich f & w das Verschwinden dieser Leute?
 - 5.1. Was geschieht im Fall, dass ein Bewohner „abtaucht“? Bitte das Prozedere ausführlich schildern.

- 5.2. Um wen handelt es sich konkret? Wer erfasst diese Identitäten und wer überprüft, ob unter diesen Identitäten weiterhin Sozialleistungen gezahlt werden?
- 5.3. Kann die Behörde bzw. f & w ausschließen, dass diese Leute unter einer weiteren/anderen Identität Leistungen beziehen?
6. Welche Kosten sind in den Jahren 2015-2017 durch das Abhalten der Deutschkurse entstanden? (Aufwandsentschädigungen/Material/Sonstiges.)
7. In der Antwort zu Frage 9 heißt es, 60 Ehrenamtliche hätten eine Vereinbarung mit f & w geschlossen. Welche Kosten sind in den Jahren 2015-2017 entstanden für Personal, Fahrtkosten, Sachmittel/Material, Sonstiges?
- 7.1. Sind unter den o.g. Ehrenamtlichen auch Mitarbeiter von f & w bzw. Bewohner der Transit?
8. Wie viele Personen welcher Herkunft leiden unter welchen "gesundheitlichen Gründen", was deren Unterbringung mit eigenem Sanitärbereich notwendig macht? (Bezugnahme zu Frage 7 der o.g. Drs.)

BEZIRKSVERSAMMLUNG HARBURG

Die Vorsitzende

6. April 2018

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) beantwortet die Anfrage der AfD-Fraktion, Drs. 20-3577, wie folgt:

Aufgabe von fördern & wohnen AöR (f & w) als Betreiber der Unterkunft ist es, die Bewohner im Rahmen von Beratungen in die bedarfsgerechten Leistungsangebote zu vermitteln. Hierzu gehören unter anderem auch die Integrationsangebote für Flüchtlinge. Es ist jedoch nicht Aufgabe von f & w, diese Angebote selbst anzubieten und durchzuführen.

Dieses vorausgeschickt, beantwortet die Behörde für Arbeit, Soziales, Familien und Integration (BASFI) das o.g. Auskunftersuchen wie folgt:

Zu 1.:

Untergebrachte Haushalte sind der Oberbegriff für Bedarfsgemeinschaften von einer oder zwei Personen und Familien, die öffentlich-rechtlich untergebracht sind, in diesem Fall auf dem Wohnschiff Transit.

Zu 2.2.:

Die Leistungen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (örU) werden unabhängig vom Aufenthaltsstatus im Rahmen des Asylverfahrensgesetzes (insb. § 53 AsylVerfG) im Rahmen der Folgeunterbringung von Flüchtlingen erbracht. Die Beratung des Unterkunfts- und Sozialmanagements (UKSM) erfolgen ebenso unabhängig von dem jeweiligen Aufenthaltsstatus für alle Bewohner. Der Aufenthaltsstatus wird im Rahmen der Beratung zur Inanspruchnahme von Regelleistungen und/oder Integrationsleistungen thematisiert und ggf. werden die Handlungsalternativen je nach Aufenthaltsstatus aufgezeigt, sofern dieser nicht bekannt gemacht wird.

Da die Integrationsangebote, finanzielle Absicherung und Maßnahmen des Arbeitsmarktes nicht durch f & w selbst durchgeführt werden, ist eine Mitteilung der Stati an f & w nicht zwingend erforderlich und entsprechende Informationen durch die betroffenen Haushalte freiwillig. Dies bezieht sich vor allem auch auf Statuswechsel in der örU.

Zu 2.1.:

Entfällt. Im Übrigen siehe Antwort zu 2.2.

Zu 3.:

Die Antwort hierzu fällt in die Zuständigkeit des Bezirkes.

Zu 4.:

Siehe hierzu Drs. 21/6772.

Zu 5.:

Hierunter fallen Auszüge in eigenen Wohnraum innerhalb und außerhalb Hamburgs, Auszüge aus sonstigen Gründen (z.B. Rückkehr in die Heimatgemeinde, Todesfälle) oder unbekannt verzogene Personen.

Zu 5.1.:

Untergebrachte Personen, die sich beim UKSM nicht vorübergehend abgemeldet haben und nicht anzutreffen sind, werden nach 5 Werktagen als unbekannt verzogen abgemeldet. Diese Information erhält auch das zuständige Bezirksamt.

Zu 5.2.:

Siehe Antwort zu 5.a. Ansonsten wird auf die Zuständigkeit des Bezirkes verwiesen.

Zu 5.3.:

Die Beantwortung fällt in die bezirkliche Zuständigkeit.

Zu 6. und 7.:

Deutschkurse werden nicht durch f & w finanziert. Für „Gruppenarbeit“ stehen Mittel von 20 € pro Soll-Platz und Jahr zur Verfügung. Aus diesen Mitteln werden neben weiteren Ausgaben (beispielsweise Honorare für Sprachmittlereinsätze) auch Fahrt- und Materialkosten erstattet, die im Rahmen der ehrenamtlichen Angebote entstanden sind. Die Ehrenamtlichen erhalten von f & w kein Geld für die aufgewendete Arbeitskraft und –zeit im Rahmen ihres freiwilligen Engagements.

Zu 7.1.:

Nein.

Zu 8.:

Vier Personen sind derzeit mit eigenem Sanitärbereich auf der Transit untergebracht. Weitergehende Informationen können jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gegeben werden.

gez. Rajski

f.d.R.
Hille